

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011



Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte einen „Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland“ in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 an. Die Opposition betreibe eine rückwärtsge wandte Politik, die christlich-liberale Koalition habe das Land voran gebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa. Nach der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik will die Bundesregierung den Haushalt in den nächsten vier Jahren nachhaltig konsolidieren. Dafür gilt es, die in der Krise ergriffenen umfangreichen konjunkturstützenden Maßnahmen

zurückzufahren. Während der Krise haben diese erfolgreich die Brücke über das Konjunkturtal geschlagen. Jetzt heißt es, die finanzielle Handlungsfähigkeit Deutschlands auch für die Zukunft zu sichern. "Wir machen ernst mit der Wende bei den Ausgaben", sagte der Bundesfinanzminister vor dem Parlament. Zugleich betonte er, allein mit ambitionierten Kürzungen auf der Ausgabenseite lasse sich das Ziel der Haushaltskonsolidierung jedoch nicht erreichen. Höhere Einnahmen seien ebenso erforderlich.

Auch die Rekordneuverschuldung fällt 2010 niedriger aus als befürchtet. Ge rechnet wird mit 60 bis 50 Milliarden Euro. Ursprünglich waren fast 86 Milliarden Euro eingeplant worden. Bereits 2012 soll das Defizit Deutschlands nur noch drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Für 2010 rechnen die Experten mit einer Defizitquote von 4,5 Prozent, für 2011 mit 4 Prozent und für 2012 mit 3 Prozent. Die Nettokreditaufnahme wird 2011 auf 57,5 Milliarden Euro und bis 2014 auf nur noch 24,1 Milliarden Euro sinken, das ist weniger als die Hälfte. Ab kommendem Jahr hält der Bund die neue grundgesetzliche Schuldenbremse ein. Dieser Weg zu gesunden Staatsfinanzen ist nicht einfach. Trotz der niedrigeren Defizitzahlen besteht der Konsolidierungsdruck fort. Das Konso lidierungsziel kann aber in maßvolleren Schritten und schneller als ursprünglich angenommen erreicht werden. Schäuble kündigt an, die entstehenden Spiel räume entschlossen zu nutzen, um die schwierige Situation der kommunalen Finanzen zu verbessern. Die im Zuge der Konsolidierung gewonnenen Spiel räume stehen vor allem für Ausgaben bei Bildung und Forschung zur Verfügung: 12 Milliarden Euro zusätzlich bis 2013.

In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin für die Zeit bis 2020 ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt werde der Weg solider Finanzen beschritten. "Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen", sagte Merkel.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



die bürgerliche Koalition hält Wort: Der Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und der Finanzplan bis zum Jahr 2014 stellen einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes dar: Solide Staatsfinanzen

durch eine wachstumsfreundliche Defizit-reduzierung – das sind Ziel und Strategie der Bundesregierung für den Haushalt 2011, die Finanzplanung bis zum Jahr 2014 und den Konsolidierungskurs in den Folgejahren. Mit diesem Gesamtpaket werden folgende drei Zielsetzungen erreicht: Erstens: Es wird das für die Einhaltung der Schuldenbremse und damit des Grundgesetzes erforderliche Gesamtkonsolidierungsvolumen erbracht. Zweitens: Das Wachstumspotenzial der Wirtschaft wird gestärkt. Drittens: Die Sozialausgaben werden bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsanreizen konsolidiert, ohne dass es zu sozialen Härten für diejenigen kommt, die ihr Schicksal nicht mehr ändern können. Wichtig ist auch, dass die Konsolidierung über die Beschränkung der Ausgaben nicht zu Lasten zukunfts-trächtiger Investitionen geht, so werden, wie vereinbart, die Ausgaben für Bildung und Forschung im Zeitraum zwischen 2010 und 2013 um 12 Milliarden Euro erhöht! Damit stellen wir die im Bildungsbereich beschlossenen Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit und faire Aufstiegsmöglichkeiten sicher.

Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Diskussion mit folgenden Besuchergruppen aus dem Wahlkreis: die Altglöckner aus Oelde, die Bischöfliche Realschule Warendorf und das Gymnasium Johanneum aus Ostbevern
- Treffen der Landesgruppe NRW mit Bundesministerin U. Von der Leyen zum Thema der neuen Gestaltung des AN II
- Generaldebatte im Plenum: Einbringung des Bundeshaushalts 2011
- Diskussion zur ÖPNV-Verordnung der EU und Anpassung an das Personenbeförderungsgesetz sowie zur VIFG
- Parlamentsrede zum Haushalt des Bundesverkehrsministeriums

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Ambitionierte Klima- und Energiepolitik auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung

Zügige Umsetzung des Energiekonzepts



Am 14. September 2010 erfolgte die 1. Lesung des Haushalts des Bundesumweltministeriums für das Jahr 2011. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Marie-Luise Dött:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die zügige Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung, das derzeit im Entwurf vorliegt. Der Bundeshaushalt schafft hierfür die finanziellen Voraussetzungen.

Zwei wichtige Themen werden wir im parlamentarischen Verfahren noch einmal ausführlich diskutieren. Im Energiekonzept der Bundesregierung ist unter anderem vorgesehen, die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich zu erhöhen. Bei dieser für das Erreichen der Energieeinsparungsziele zentralen Maßnahme muss sichergestellt sein, dass Hausbesitzer finanziell nicht überfordert werden. Wir wollen deshalb eine Stärkung des Marktanreizprogramms für die Erneuerbaren Energien im Wärmemarkt und der Programme zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes erreichen. Sie sind klimapolitisch und energiepolitisch sehr wichtig und motivieren die Bürger, in solche Maßnahmen zu investieren. Außerdem entstehen hierdurch Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Behandlung der energieintensiven Unternehmen bei den Energiesteuervergünstigungen im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung. Es ist richtig, dass alle einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Allerdings ist dabei wichtig, dass Änderungen bei den Energiesteuern nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser für Wachstum und Beschäftigung wichtigen Unternehmen gefährden. Unternehmensschließungen oder Abwanderungen ins Ausland, wo, beispielsweise in der Metallrecyclingbranche, häufig unter sozial- und umweltpolitisch deutlich schlechteren Bedingungen produziert wird, müssen vermieden werden.“

Neuausrichtung der Bundeswehr

Das Bundesministerium der Verteidigung prüft im Rahmen der derzeitigen Reformüberlegungen die Neuausrichtung der Strukturen der Bundeswehr an die aktuellen sicherheitspolitischen Anforderungen. Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte hierzu eine Arbeitsanalyse in Auftrag gegeben und im Frühjahr 2010 vorgelegt. Anfang September 2010 hat der Generalinspekteur der Bundeswehr einen Bericht zu den Zielen der Reform und zu möglichen Modellen für die künftige Struktur der Bundeswehr erarbeitet. Ausgangspunkt ist die Analyse der sicherheitspolitischen Bedrohungen, bei denen die klassische Landesverteidigung gegenüber neuen Sicherheitsrisiken und Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets an Bedeutung verliert. Die Bundeswehr wird sich in Zukunft an friedensstabilisierenden und friedensschaffenden Operationen auch außerhalb des Bündnisgebiets beteiligen. Um ein wichtiger Faktor in der internationalen Politik bleiben zu können, wird Deutschland einen seinem Gewicht angemessenen Beitrag in NATO und EU leisten müssen. Dazu sind schnellere und flexiblere Strukturen notwendig. Ziel der Reform ist es daher, eine leistungsfähigere und effizientere Organisation zu schaffen.

Zur Neuausrichtung der Bundeswehr gehört auch die Frage nach der künftigen Rolle der Wehrpflicht. Der Bericht des Generalinspektors enthält sowohl Modelle mit Wehrpflicht als auch mit ausgesetzter Wehrpflicht.

Die Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht wird auf den Parteitag von CSU (im Oktober) und CDU (im November) getroffen. Zuvor wird die Frage in einer gemeinsamen Präsidiumssitzung am 25./26. September beraten und auf sechs Regionalkonferenzen zur Diskussion gestellt werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 15/2010
16. September 2010

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:
www.
cdu-landesgruppe-nrw.de